

**BS-Beschluss öffentlich**  
**B93-03/14**

**öffentlich: Ja**

Drucksachen-Nr.: 06/149  
 Erfassungsdatum: 15.10.2014

**Beschlussdatum:**  
**27.10.2014**

**Einbringer:**

**Erik von Malottki, Dr. Frauke  
 Fassbinder, Ulrike Berger**

**Beratungsgegenstand:**

**Bildungsproteste am 03.November 2014 in Greifswald**

Beratungsfolge Verhandelt - beschlossen	am	TOP	Abst.	ja	nein	enth.
Hauptausschuss	13.10.2014	3.29	auf TO der BS gesetzt			
Bürgerschaft	27.10.2014	6.43		mehrheitlich	7	2

Birgit Socher  
 Präsidentin

<b>Beschlusskontrolle:</b>	Termin:
Bürgerschaft	08.12.2014

Haushalt	Haushaltsrechtliche Auswirkungen?		Haushaltsjahr
Ergebnishaushalt	Ja <input type="checkbox"/>	Nein: <input checked="" type="checkbox"/>	
Finanzaushalt	Ja <input type="checkbox"/>	Nein: <input checked="" type="checkbox"/>	

**Beschlussvorschlag**

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

1. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald solidarisiert sich mit den von Greifswalder Studierenden organisierten Bildungsprotesten am 03.November 2014 in Greifswald.
2. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald bekräftigt die Bedeutung einer ausfinanzierten Universität für die gesamte Stadt Greifswald und bittet den Oberbürgermeister sich für das Anliegen der Ausfinanzierung der Universität gegenüber Land und Bund einzusetzen.

## **Sachdarstellung/ Begründung**

Die Hansestadt Greifswald ist zu Recht stolz auf ihre Universität. Die Universität ist ein essentieller Bestandteil unserer Stadt und trägt einen wesentlichen Teil zur guten Entwicklung unserer Hansestadt in den letzten Jahren bei. Die Universität sorgt für einen kontinuierlichen Strom neuer junger Menschen und Ideen nach Greifswald. Dozierende und Studierende in der ganzen Stadt bereichern das kulturelle Leben der Stadt und die Universität sorgt für Arbeitsplätze in der Region.

Die Bürgerschaft und der Oberbürgermeister sollten sich für die Ausfinanzierung der Universität Greifswald einsetzen, denn ohne eine Erhöhung der Landesmittel besteht die Gefahr von Institutsschließungen und ein damit verbundener Einbruch bei den Beschäftigtenzahlen.

Dies hätte nicht nur einen Einbruch bei der Qualität der Lehre, sondern auch stark sinkende Studierendenzahlen zur Folge.

Deshalb ist es Zeit, dass die Bürgerschaft und der Oberbürgermeister ein deutliches Zeichen der Solidarität mit den Bildungsprotesten setzen, auch um die Bürgerinnen der Stadt Greifswald als Gesamtheit mit anzusprechen. Denn Bildung betrifft alle und die Folgen wirken sich auf unsere Stadt als Ganzes aus.